



Nr. 25.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hfr. Reklamen 2.-Mk. - Auf Samstagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100% - - - - -

Dienstag, den 1. Februar 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Postgebühren. - - - - -

### Nach der Pariser Konferenz.

**Die Entwaffnungsnote des Obersten Rats.**  
 Berlin, 31. Jan. In der Note des Obersten Rats vom 29. Januar wird darauf hingewiesen, daß der von der deutschen Regierung eingebrachte Entwurf eines Reichswehrgesetzes die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zwar für das Reich, nicht aber für jedes einzelne Land ausdrücklich ausspricht. Auch seien darin Ergänzungstruppen und andere nicht näher bezeichnete militärische Organisationen vorgesehen. Weiter heißt es u. a.: Die Stärke gewisser Formationen und eine beträchtliche Anzahl militärischer Angestellter sind nicht in der Zahl 100 000 einbegriffen. Die Zahl der Offiziere und Zivilangestellten der Zentralverwaltung übersteigt weit die vom Vertrag zugelassene Zahl (916 statt 300). Die Entwaffnung Deutschlands ist weit davon entfernt, beendet zu sein. Eine große Menge Material ist bei den Truppenkörpern, in den Depots und Arsenalen zurückgehalten. Zahlreiche Waffen sind noch in den Händen der Zivilbevölkerung. Die deutsche Regierung hat die Auslieferung des nicht zugestandenen Artilleriematerials von Küstrin und Löben-Eben, sowie der schweren Artillerie von Königsberg hinausgezögert und verlangt für Landbesetzungen weitere, nicht vertraglich vorgesehene Materialien, wie sie namentlich 2600 Maschinengewehre behalten will. Sie verzögert die Auslieferung des nicht zugestandenen Materials und will 1086 Geschütze, statt 420 behalten. Die Schließung der Werkstätten und die Zerstörung von Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial sind nicht unter den vorgeschriebenen Bedingungen durchgeführt. Die Entwaffnung der Selbstschutzwartungen hat jetzt begonnen. Ihre Auflösung ist nicht durchgeführt. Die deutsche Regierung beansprucht das Recht, diese Organisationen aufrecht zu erhalten und ihre Entwaffnung in Bayern und Ostpreußen bis zu einem späteren Zeitpunkt hinauszuschieben. Die in Boulogne vorgeführte Auflösung der Sicherheitspolizei ist nicht durchgeführt worden.

Die Note führt dann die Entschlüsse der alliierten Regierungen an. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, bis zum 15. März 1921 das gegenwärtig dem Reichstag vorliegende Reichswehrgesetz zu verabschieden, nachdem es zuvor mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht ist, namentlich hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht, die gegenüber jedem der einzelnen Länder, wie gegenüber dem Reich befristet werden muß. Bis zum 15. April 1921 ist das 100 000 Mann-Heer mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen und das Zuviel der Offiziere und Angestellten der Zentralverwaltung zu beseitigen. Bis zum 28. Februar 1921 ist der Rest des Kriegsmaterials auszuliefern, das infolge der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann überschüssig geworden ist, ferner das bei den Truppenkörpern, in den Depots und Arsenalen angeammelte Material, das von der deutschen Regierung reklamierte Material, Ersatzvorräte und die noch in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen. Außerdem dürfen vom angegebenen Termin ab Küstrin und Löben-Eben keinerlei Geschützausrüstungen haben und die Festung Königsberg darf nicht mehr als 22 schwere Geschütze haben. Für die Auslieferung der Seebefestigungen werden nur 420 Geschütze bewilligt, statt der deutschseits geforderten 1086.

Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die Listen der zur Herstellung von Kriegsmaterial künftig zugelassenen Fabriken anzuerkennen und die nicht zugelassenen Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial außer Gebrauch zu setzen. Die geschlossenen Vorkriegslisten, die die Auflösung aller Selbstschutzwartungen anordnen, und deren Errichtung unter Strafanandrohung verbieten, müssen bis zum 15. März 1921 veröffentlicht sein. Die Auflösung selbst muß spätestens am 30. Juni beendet sein. Von den von diesen Organisationen angemeldeten Waffen im ganzen Reich sind sämtliche schwere und zwei Drittel der Handwaffen einschließlich der Munition bis zum 31. März 1921 abzuliefern, die dann noch vorhandenen Waffen und die Munition bis zum 30. Juni 1921. Die Sicherheitspolizei darf in keiner Weise eine zentrale Organisation und keine stärkere Bewaffnung haben, als die von der interalliierten militärischen Kontrollkommission festgesetzte. Ihre Stärke darf 150 000 Mann nicht übersteigen. Hinsichtlich der Marine wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 28. Februar 1921 alle geforderten Schriftstücke zu übergeben und bis zum 30. April 1921 alle in Reserve gehaltenen Schiffe desarmieren zu lassen. Bis zum 31. Juli 1921 soll die Zerstörung aller im Bau befindlichen Kriegsschiffe mit Ausnahme derjenigen, deren Umwandlung in Handelsschiffe zugelassen ist, und sofort die vollständige Zerstörung aller U-Boote und U-Bootteile bewirken und sofort den Bau von U-Booten oder U-Bootteilen einstellen. Auslieferung und Zerstörung aller über die zulässige Menge hinausgehender Kriegsmaterialien ist ohne Verzug zu bewirken. Die von der Vorkriegskonferenz geforderte vollständige Ausrüstung der leichten Kreuzer und Zerstörer ist auszuliefern. Die interalliierte Marine-Kontrollkommission wird bestimmen, was Kriegsmaterial ist: es muß sofort ausgeliefert werden. Falls es zu

Handelszwecken verwendet werden kann, wird die Kommission es nach Unbrauchbarmachung für militärische Zwecke zurückgeben. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die zur Ausführung der Marinebestimmungen des Friedensvertrags erlassenen Befehle diesem anzupassen. Die Note nennt sodann die Verstöße Deutschlands gegen die Bestimmungen über die Luftfahrt und bestimmt: Die Nachforschungen nach verbleibendem Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern. Alle vorgezeichneten Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein. Die Fabrikation und die Einfuhr von Luftfahrtmaterial darf erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden, an dem die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission anerkannt hat, daß der Art. 202 vollständig ausgeführt ist. Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelin verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden noch bestimmt. Deutschland muß vor dem 31. März 1921 25 Millionen Mark als Entschädigung für unzulässigerweise ausgeführtes Material bezahlen. Deutschland hat die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen zu unterlassen. Um die Anwendung des Art. 202 der Luftfahrt den Besitz aller Luftverkehrsmittel für Heer und Marine untersagt, zu ermöglichen, muß es diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die alliierten Regierungen werden sich durch ständige Ueberwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtungen erfüllt.

### Eine Erklärung des deutschen Außenministers im Reichstag.

Berlin, 31. Jan. Das Haus ist stark besetzt. Am Ministertisch: der Reichskanzler, Simons, Miß, Heinze und Koch. Präsident Lösser eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr und erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Minister des Auswärtigen:

Reichsminister Simons: Gestern Abend ist mir durch Fernschreiber der Wortlaut des Beschlusses bekannt geworden, den die Pariser Konferenz am Samstag gefaßt hat. Das Original der Mitteilung ist von der Konferenz dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übergeben, und wird, wie ich annehme, spätestens morgen früh in meinen Händen sein. Ich habe veranlaßt, daß der Inhalt des durch Fernschreiber übersandten Textes des Beschlusses so bald als möglich der Presse zugänglich gemacht wird. Das Schriftstück ist sehr lang und umfangreich. Es ist dem Auswärtigen Amt sofort mitgeteilt worden und gegenwärtig unterliegt der Beschlussfassung des Kabinetts. Ich habe heute morgen darüber dem Kabinett Vortrag gehalten und werde dies nachmittags fortsetzen. Ich habe nicht die Absicht, schon heute auf den Inhalt einzugehen, will vielmehr nur soviel sagen, daß der Beschluss besteht aus einer Note und 2 Anlagen. Die Note nimmt Bezug auf die Anlagen und charakterisiert sie als Beschlüsse, die gefaßt sind einerseits in der Entwaffnungsfrage, andererseits in der Reparationsfrage. Der Reparationsfrage ist eine Reihe von Aufzeichnungen beigegeben. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, sind die Entscheidungen in der Reparationsfrage derart, daß es zunächst Vorschläge sind, von denen allerdings mit Nachdruck gesagt wird, daß sie einstimmig angenommen sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter Ende Februar nach London zu senden. Ich bin nicht in der Lage, bevor die Beratungen des Kabinetts abgeschlossen sind, mehr auf den Inhalt einzugehen und mit ihnen Fühlung zu nehmen. Es liegt mir aber außerordentlich daran, daß man den von der Regierung und mir persönlich eingenommenen Standpunkt möglichst bald erfahre. Ich würde es daher begrüßen, wenn das hohe Haus beschließen würde, morgen als ersten Punkt die Aussprache über die Beschlüsse der Pariser Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen, sodas wir in der Lage sind, gleichzeitig hier das hohe Haus, sowohl von Regierungs wegen, als von Reichstags wegen mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Ich möchte bitten, daß keine anderen Gegenstände vor diesem Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden und daß Zeit gelassen wird, diese wichtige Angelegenheit vorzubereiten, um das weitere zu sagen, was irgendwie an Vorschlägen gemacht werden soll.

Das Haus hört diese Mitteilung des Ministers unter lautlosem Schweigen an.

Präsident Lösser: Unter dem Eindruck dieser soeben gehörten Mitteilung möchte ich Ihnen vorschlagen, in die Beratung der heutigen Tagesordnung nicht einzutreten, sondern die Sitzung jetzt abzubrechen. Für den Fall Ihrer Zustimmung möchte ich Ihnen weiter vorschlagen, eine Sitzung auf morgen nachmittags 4 Uhr einzusetzen mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Falls ich keinen Widerspruch aus dem Hause höre, darf ich annehmen, daß Sie sich meinem Vorschlage anschließen.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Schluß 1.40 Uhr.

### Eine Sitzung der Reichsregierung.

Berlin, 31. Jan. Amlich. Das Reichskabinett trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten um 12 Uhr mittags zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete Bericht über die Note des Obersten Rats vom 29. Januar. Für heute Nachmittag ist zur Beratung der Note eine zweite Kabinettsitzung anberaumt worden.

### Einnütige Ablehnung durch die deutsche Presse.

Berlin, 1. Febr. Sämtliche bürgerliche und sozialistische Blätter erklären einmütig den in Paris aufgestellten Reparationsplan als unannehmbar für Deutschland.

Reichsfinanzminister a. D. Gotthein erredet im „Berliner Tageblatt“, daß die deutschen Ausfuhrzölle jährlich bestenfalls 0,6 Milliarden Goldmark erbringen können. Den künftigen Ertrag der deutschen Einfuhrzölle schätzt er allerhöchstens auf 400 bis 450 Millionen Goldmark. Mit den Ausfuhrzöllen zusammen würden sie einen Bruttoertrag von rund einer Milliarde Goldmark ergeben, also die Hälfte dessen, was die Entente schon im ersten Jahr verlange. Davon gingen aber noch die Kosten für die Grenzbeobachtung und für den ganzen Zolldienst ab, die Gotthein auf mindestens 15 Prozent des Ertrags veranschlagt.

Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet als schärfste Bestimmungen diejenigen über die Pfänder und Kontrollen. Sie stellen die vollkommene wirtschaftliche Entmündigung des deutschen Volkes dar. Sie bedeuteten eine Vernichtung der Wiedererbaumöglichkeit eines besiegten Volkes, wie sie in der Weltgeschichte beispiellos dastehen.

Im „Vorwärts“ heißt es: Eine Regierung, die die Pariser Vorschläge annimmt, würde sich in Widerspruch stellen zur Meinung ganz Deutschlands. In ganz Deutschland gibt es keinen Menschen, der diese Vorschläge für ausführbar hält. Das Blatt weist dann darauf hin, daß die 12 Prozent Ausfuhrabgabe die Neutralen dazu zwingt, die Einfuhr aus Deutschland zu Gunsten der Entente um 12 Prozent teurer zu bezahlen. Auch die Bedingung, daß Deutschland weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Kreditoperation außerhalb seines Gebiets ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen darf, trifft nicht nur Deutschland, sondern auch das Ausland. Diese Bestimmung ist ein Verbot an die Vereinigten Staaten und die anderen Länder, Deutschland etwas zu borgen, es ist ein Befehl an diese Länder, statt Deutschland der Entente zu borgen.

Die „Freiheit“ kommt nach einer Prüfung der in Paris aufgestellten Zahlen vom ökonomischen Standpunkt aus zu der Antwort, daß die Erfüllung dieser Zahlungen unüberführbar ist.

### Schweizer Stimmen.

Bern, 31. Jan. (Von unserem Privatberichterstatter.) Der „Bund“ schreibt zu den Pariser Beschlüssen: So wie die Bedingungen über Deutschland jetzt lauten, erscheint es ungeheuerlich. In ihrer Wirkung auf den Weltfrieden müssen die Ergebnisse von Paris als problematisch unzweifelhaft bezeichnet werden. Die Gesundung Deutschlands, an der die Alliierten das größte Interesse haben, wäre auf über ein Menschenalter hinaus lahmgelegt. Außerdem würde Deutschland auf lange Zeit das Zentrum der Unruhe und des Umsturzes bleiben.

Bern, 31. Jan. In einem Ueberblick über die Ergebnisse der Pariser Konferenz sagt die „Neue Züricher Zeitung“, daß es sich selbst erweisen müsse, ob die Resultate, die übrigens noch nicht endgültig seien, auch praktisch durchführbar sind. Die Regelung der Kohlenfrage bedeute eine neue Belastung des deutschen Wirtschaftslebens. In der Entwaffnungsfrage habe eine verschärfte Auslegung des Friedensvertrags stattgefunden. Die Exportsteuer werde eine sehr fühlbare Verteuerung des gesamten deutschen Exportwesens. Der Pariser Berichterstatter des Blattes befürchtet eine Einsprache neutraler Staaten gegen die Exportsteuer. Für die Schweiz und für Holland würde von der Exportsteuer ein Schutz gegen die Ueberflutung mit deutschen Waren zu erwarten sein.

### Der Widerhall in Frankreich.

Paris, 31. Jan. Der „Petit Parisien“ schreibt: Die deutsche Presse aller Richtungen tobt gegen das Abkommen von Paris. Sie bleibt in ihrer Rolle. Eines der größten Blätter von Berlin hat die Alliierten aufgefordert, sie sollen sich das, was sie haben wollten, selbst holen. Gerade das hätten die Alliierten in Paris beschließen, nämlich sich selbst bezahlt zu machen, falls der schlechte Wille eines Schuldners sich zeige. Die Alliierten würden damit beginnen, die Zölle zu beschlagnahmen, falls Deutschland sich weigere, seine Zölle kontrollieren zu lassen. Dann würde der Gerichtsvollzieher kommen. Das seien die alliierten Armeen, die die rheinischen Brückenköpfe besetzt hätten. Diese Gerichtsvollzieher würden alsdann das Ruhrgebiet beschlagnahmen und schließlich an der Grenze des Rheingebiets Zölle erheben und Steuern verlangen und einlagern. Die letztere Maßnahme sei im Abkommen von Paris

... eines kräftigen  
 ... Sahn  
 ... geb. Schütz  
 ... ksbühne  
 ... schen Hof.  
 ... Lauris  
 ... von Goethe.  
 ... abends 7,8 Uhr  
 ... de.  
 ... nachmittags 8 Uhr  
 ... abends 7,8 Uhr  
 ... Vortrag  
 ... den 1. Februar  
 ... haus, Postgasse  
 ... Mittelalter.  
 ... herzlich eingeladen  
 ... Freudenstadt.  
 ... Calw.  
 ... hündelsicher.  
 ... wurde der  
 ... auf Sparbuch  
 ... auf 30 000 Mk.  
 ... auf 60 000 Mk.  
 ... überkehr.  
 ... Lombard-  
 ...erverkauf.  
 ... von Wertpapieren.  
 ... Althengst.  
 ... auf schöne, an das  
 ... gen gewöhnte  
 ... Milch-  
 ... schweine  
 ... auf  
 ... Schwarz, Bauer.  
 ... Deckenfronn.  
 ... ge ein starkes  
 ... acht-Kind  
 ... Verkauf aus.  
 ... Albert Luz.  
 ... Minklingen.  
 ... men zur Zucht geeigneten  
 ... arren  
 ... (hech) 8 Monate all,  
 ... ein Mutter-  
 ... Schaf  
 ... mit Jungen  
 ... dem Verkauf aus.  
 ... Georg Lehler.  
 ... men neuen  
 ... dekgerwagen  
 ... elnen neuen  
 ... teiterwagen  
 ... Ehr. Stricker.

enthalten. So vervollständigt und präzisiert es den Vertrag von Versailles — In der „Action Française“ sagt Painlevé, wenn man der Pariser Konferenz auf den Grund gehe, so erbeude man, daß sie für Deutschland das Regime aufzurichten suche, wie es gegenüber Ägypten, Griechenland und der Türkei in Anwendung gebracht worden sei. Man hätte zu bedenken: Die Alliierten müßten, um Fesseln zu werden, die Geschäfte Deutschlands in die Hand nehmen

### Äußerungen der italienischen Presse.

Rom, 31. Jan. Die italienische Presse bespricht das Ergebnis der Pariser Konferenz. — „Tempo“ schreibt: Die Entschädigungssumme wurde durch eine so phantastische Zahl festgesetzt, daß die, die sie festgesetzt haben, wohl selbst daran zweifeln, ob es möglich ist, sie von einem Lande zu bekommen, das sich im Zustande Deutschlands befindet. — Der „Messaggero“ schreibt: Um ihre Forderungen an Deutschland aufrecht zu erhalten, laufen die Ententemächte Gefahr, ihren eigenen Wiederaufbau zu verhindern. — „Popolo Romano“ behauptet, die Beschlüsse der Pariser Konferenz könnten wohl der franco-britischen Hegemonie nützlich sein, nicht aber Italien, dessen Industrie stark bedroht sei. — Die „Epoca“ sagt, die Konferenz sei nicht nur unnützlich, sondern schädlich gewesen und die Folgen würden bald ersichtlich werden. Die Deutschen, die noch nicht geboren sind, sollen als reife Männer noch die Lasten tragen, die ihren Vätern auferlegt wurden. Vom Friedensvertrag von 1871 bis zum Ausbruch des europäischen Kriegs sind gerade 43 Jahre verfloßen. Es bleibt abzuwarten, wie binnen 43 Jahren die Kinder und Enkel diese Frage ausgleichen werden.

### Ausland.

#### Der Völkerbundschwindel.

Paris, 31. Jan. Wie der „Tempo“ mitteilt wird die ständige beratende Kommission des Völkerbunds, die sich mit militärischen, maritimen und Luftschiffahrtfragen beschäftigt, am 28. Februar in Gené zu ihrer vierten Tagung zusammenkommen. Sie wird sich u. a. mit der Kontrolle des Waffenhandels, mit der Herabsetzung der Rüstungen und mit der privaten Waffenindustrie beschäftigen.

#### Der unausführbare türkische Friedensvertrag.

Paris, 31. Jan. Nach einem Londoner Telegramm des „Welt Parisien“ trägt man sich in London immer mehr mit dem Gedanken, den Vertrag von Sevres vollkommen zu revidieren. Gewisse Zeitungen sehen nicht an, offen zu erklären, daß der Vertrag vollständig neu gestaltet werden müsse. — Weil man keine andere Wahl hat.

#### Die türkische Nationalbewegung.

Paris, 31. Jan. Nach einer in London eingetroffenen Depesche aus Konstantinopel richtete eine geheime kemalistische Organisation an die türkischen Offiziere, die sich in Konstantinopel aufhalten, ein Schreiben, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß sie sich vor dem 1. März der kemalistischen Armee anzuschließen hätten. Im Begehrungsfall würden sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Mustafa Kemal Pascha soll auf der ganzen asiatischen Front eine allgemeine Offensive vorbereiten.

#### Volksabstimmungen in der Schweiz.

Bern, 31. Jan. In der gestrigen schweizerischen Volksabstimmung wurde ein Initiativbegehren der sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1916 auf Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Unterstellung der Militärstrafsache unter die Zivilgerichte mit rund 387 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantone abgelehnt. Ein zweites Initiativbegehren, ebenfalls auf Abänderung der Staatsverfassung gerichtet und von 1913 datierend, welches begreift, daß künftig die Verträge der Schweiz mit anderen Staaten auch der Volksabstimmung zu unterbreiten seien, sobald es 30 000 Schweizer Bürger oder 8 Kantone verlangen, wurde mit 284 000 gegen 159 000 Stimmen und mit 20 Kantonen gegen 2 Kantone angenommen. Die Beibehaltung der besonderen Militärjustiz mit Zweidrittelmehrheit wird als schwere Niederlage der revolutionären Kreise bezeichnet. Die Stimmbeteiligung betrug 50 Prozent.

### Deutschland.

#### Des Reichshaushaltsplan.

Berlin, 31. Jan. Im Reichstag führte Ministerialdirektor Sachs zum Haupthaushaltsplan aus, daß der ursprüngliche Etatentwurf mit 92,5 Milliarden abschloß. Im ordentlichen Haushalt hielt er mit 39 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht, während beim außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 49 Milliarden vorhanden war. Dieser vermehrte sich unter Hinzurechnung des Fehlbetrages bei der Post und der Eisenbahn um weitere 18 Milliarden, sodaß es sich insgesamt um einen Fehlbetrag von rund 67 Milliarden handelte. Die Ergänzungen für 1920 bringen eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Finanzlage, durch die die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reichs für November 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen ist. Nach dem Ergänzungsetat hat sich die Gesamtsumme der jährlichen Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrags schon jetzt auf 42,5 Milliarden gesteigert. Allein die laufenden Kosten für die interalliierte Rheinlandskommission, die bisher mit 20 Millionen schon sehr hoch ausgeworfen waren, haben sich um weitere 35 Millionen Mark erhöht, betragen also jährlich die in ihrer Höhe kaum begriffliche Summe von 115 Millionen Mark. Zu den Angaben über den Ergänzungsetat fügte Ministerialdirektor Sachs aus, daß der ungeheure Fehlbetrag von 79 Milliarden mit allen Mitteln strengster und rücksichtslosster Beschränkung der Ausgaben vermindert werden müsse. Der Augenblick sei da, wo mit der immer wieder verheißenen Einschränkung der Verwaltungsausgaben ernst gemacht werden müsse. Ob das, was zur Ausführung des Friedensvertrags weiter von uns gefordert werde, unserer Leistungsfähigkeit überhaupt entspreche, werde sich ja in aller nächster Zeit zeigen. Im einzelnen seien durch die Ergänzungsetats weitere Kreditemäßigungen im Betrage von 8,4 Milliarden notwendig, darunter für die Eisenbahnverwaltung 1,6 Milliarden. Den Fehlbetrag bei der Post- und Telegraphenverwaltung wolle die Verwaltung einweisen aus verfügbaren Mitteln decken,

im wesentlichen aus dem Postverkehr. Ohne Erörterung wurde darauf der Hauptetat angenommen.

#### Amerikanische Entschuldig.

Berlin, 31. Jan. Im Auftrag des Generals Allen, Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, erschien beim Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, dessen Vertreter Oberst Stone und erklärte, daß der General sich hierdurch formell bei der deutschen Reichs- und badischen Landesregierung entschuldigen wolle, wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten versuchten Verhaftung eines Deutschamerikaners auf badischem Gebiet. Der General habe zu diesem Unternehmen, das er sehr bedaure, keinen Auftrag gegeben und dasselbe nicht gebilligt. Der Auftrag zur Verhaftung des Deutschamerikaners sei von einem erst kürzlich nach Deutschland gekommenen und einem noch unbekanntem Profosmarschal in Koblenz gegeben worden, der geglaubt habe, daß sich der Deutschamerikaner in der französischen Zone des besetzten Gebietes aufhalte.

#### Eine Rundgebung gegen die Vergewaltigung des Abstimmungsrechts in Oberschlesien.

München, 31. Jan. Gestern vormittag hatten sich im großen Saal des Hotels Wagner Tausende von Angehörigen der verschiedensten Berufsstände und Parteien zu einer mächtigen Rundgebung gegen die Vergewaltigung des Abstimmungsrechts in Oberschlesien zusammengefunden. An der Versammlung nahmen u. a. auch Ministerpräsident v. Kaßner und Staatsrat Meinel teil. Universitätsrektor Geh. Rat Frank betonte in einer Begrüßungsansprache, daß jeder Deutsche seine ganze Kraft einsetzen müsse, um dem geknechteten Vaterland seine Lebensnotwendigkeit zu bewahren. Neben England war Deutschland ein Ausfuhrland für Polen. Geht Oberschlesien verloren, so sinkt Deutschland zum Einfuhrland herab, wobei Bayern besonders durch den Ausfall betroffen würde. — Als zweiter Redner führte Dr. Kleinert aus Rattowitz aus, was die Hand oder die Lunge für den Körper bedeute, das sei Oberschlesien für Deutschland. Ohne Oberschlesien sei Deutschland nicht lebensfähig. Auch im Interesse des europäischen Friedens müßten wir Oberschlesien behalten. Zum Schluß wurde eine Entschlüsselung an die Reichsregierung einstimmig angenommen, in der schärfster Einspruch gegen die neuerliche Vergewaltigung des direkten und unbeeinflussten Stimmrechts in Oberschlesien erhoben und die Reichsregierung aufgefordert wird, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen das alle Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende Abstimmungsreglement wende und namentlich für die Forderung aller Oberschlesier, an ein und demselben Tag abzustimmen, mit aller zu Gebote stehenden Kraft eintrete.

### Aus Stadt und Land.

#### Unsere Ernährungslage.

Die Brotversorgung steht im heurigen Wirtschaftsjahr besser als im letzten. Dies rührt daher, daß Württemberg möglichst große Mengen Brotgetreide in Reserve gestellt hat durch dessen reifliche Ergründung des Brotgetreides und durch Einführen von Auslandsgetreide in württembergische Lager. Das Abfuhrungsoll an Brotgetreide ist bis zu 72 Prozent des Pieferolls erreicht, bei Getreide sind es 62 Prozent. Mit diesen Zahlen steht Württemberg über dem Reichsdurchschnitt. Im Vorjahr wurde das Auslandsgetreide für Württemberg vielfach in den Mannheimer Großmühlen gelagert. Heuer ist es in württembergische Mühlen geschafft worden. Es lagern dort 9—10 000 Tonnen Brotgetreide, die den Bedarf der würt. Bevölkerung für 1½ Monate decken. Für die laufende Versorgungsperiode — 15. Januar bis 15. Februar — ist von der Reichsgetreidekasse der volle Bedarf angeliefert. Für weitere 6 Wochen ist der Bedarf durch die Vorräte gesichert, so daß man hofft, über die schwierige Zeit hinwegzukommen, besser als im Vorjahr. Der Anlauf von Auslandsgetreide geht lebhaft vor sich, denn der Weltmarktpreis ist gefallen, die Valuta hat sich gebessert. Man hofft, vom 15. Februar ab die Mehlration erhöhen zu können und durch Ankäufe 1 Million Tonnen Getreide in das neue Wirtschaftsjahr hinüberzunehmen, wodurch dann die Frühbruschprämien in Wegfall kämen.

Die Fleischversorgung ist nach Aufhebung der Zwangswirtschaft besser geworden. Der Verbrauch in Stuttgart ist erheblich größer als früher. Während unter der Rationierung durchschnittlich 74 800 Kg. verbraucht wurden, werden jetzt etwa 165 000 Kilogramm Fleisch verzehrt. Die Zahl der Kinder, die während der Zwangswirtschaft durchschnittlich zur Schlachtung kam, betrug wöchentlich 374, jetzt ungefähr das Doppelte. Die starke Erhöhung der Preise hat keinen Rückgang des Verbrauchs gegenüber der Zeit der Zwangswirtschaft gebracht. Man kann daraus schließen, daß der allgemeine Fleischkonsum keine Abnahme erfahren hat. Die Festlegung von Richtpreisen für Schlachtvieh wurde von den zuständigen Organisationen des Wirtschaftsgebietes Bayern, Württemberg und Baden abgelehnt. Es sind aber Verhandlungen eingeleitet, daß die Fleischpreise den gesunkenen Viehpreisen angepaßt werden. Bemerkenswert ist noch, daß die Schlachtviehsperrre Württembergs nur dadurch möglich war, daß sich Württemberg zur Abfuhrung von Vieh wie unter der Zwangswirtschaft nach anderen Reichsteilen, verpfändete.

Die Kartoffelversorgung, die völlig frei ist, hat noch zu keinerlei Missetänden geführt. In dankenswerter Weise hat die Landwirtschaft Richtpreise festgelegt. Württemberg ist Bedarfsgebiet und es besteht deshalb ein Ausfuhrverbot. Erst nach der Frühjahrsfaat wird sich zeigen, ob noch überschüssige Kartoffeln da sind.

#### Schwäbische Volksbühne.

\* Vor ausverkauften Hause gab gestern Abend die „Schwäbische Volksbühne“ Goethes „Iphigenie auf Tauris“. Im Hinblick auf unsere Vorbereitungen und die erschöpfende Behandlung des Stoffes und seiner Vorgeschichte in den Blättern der „Schwäbischen Volksbühne“ können wir uns hier wohl auf

einige kurze Bemerkungen beschränken. Die „Iphigenie“ ist, wie bekannt, auf der italienischen Reise Goethes zur Reise der lang, und ebenso bekannt ist auch, daß die Titelfigur die idealisierten Charakterzüge der Frau von Stein darstellt, der Frau, die das große Erlebnis seiner Dichterseele gewesen ist. Die italienische Reise soll hauptsächlich zum Zweck der seelischen Lösung von Charlotte erfolgt sein, und in der „Iphigenie“ wird die harmonische Lösung dieser Beziehungen gewissermaßen geistig analysiert, wenn man sich zusammen mit der Charakterisierung Iphigeniens gleichzeitig den Charakter des Thoas als des Dichters eigenen seelischen Zustand in jener Zeit vorstellt. Neben seinem Tasso bietet die „Iphigenie“ in bezug auf Schönheit der Sprache und Form wohl mit das Beste, was wir von Goethe haben. Wie Musik fließen die Worte dahin, und die Erhabenheit des sprachlichen Ausdrucks ist vollendet. Es ist, als sei das Genie des Dichters zugleich von seiner großen Leidenschaft für den Gegenstand seiner Liebe als auch von der ewigen Schönheit des Landes angeregt und begeistert worden. — Die Aufführung durch die Volksbühne war szenisch durchaus stilgerecht. Die Darstellung sehr befriedigend. Die Titelfigur lag bei Fräulein Fein in besten Händen; die hoheitsvolle Reinheit der Gestalt Iphigeniens, ihre jungfräuliche Anmut, aber auch die Ausbrüche des Schmerzes verstand sie prächtig zu einem elbheitlichen Charakterbilde zu vereinigen. Der Dreß des Herrn Reuschle war anfangs wohl nicht ganz richtig getroffen; der Zustand der geistigen Umnachtung hätte u. E. mehr betont werden sollen. Seine Leistungen wurden aber von Akt zu Akt wirkungsvoller, sodaß der Gesamteindruck ein sehr guter war. Die Nacht des Königs schien uns etwas zu jung, sein Spiel, namentlich in den letzten Szenen berührte jedoch sehr sympathisch. Auch Herr Martinek tat als Pylades sein Bestes.

Heute wird die bereits angekündigte Aufführung von Fuhdes Lustspiel „Augenfreunde“ gegeben. Das Stück hatte überall große Erfolge erzielt und ist nahezu über sämtliche deutschen Bühnen gegangen. Spielleiter des Abends ist E. Siegr von der Seyben, der auch eine der Hauptrollen spielt. — Morgen nachmittag 3 Uhr wird als Vorstellung für die Kinder das Märchen „Molläppchen“ gegeben. Der Eintrittspreis für diese Vorstellung für alle Plätze beträgt 2 M. — Abends 8 Uhr schließt das diesmalige Gastspiel mit einer Aufführung von Schillers „Don Carlos“. Die Inszenierung hat Direktor Ernst Martin selbst übernommen. Die Vorstellung übertrifft durch eine Menge prächtiger stilvoller Bühnenbilder und hat in jeder Hinsicht überall große Erfolge erzielt die sich in Besprechungen der würt. und Stuttgarter Presse wiederpiegeln.

#### Bürgergesellschaft Calw.

\* Die Bürgergesellschaft veranstaltete am Samstag im vollbesetzten großen Saal des „Badischen Hof“ einen Familienabend, dem der Charakter eines bunten Abends gegeben war. Es wurde denn auch eine Fülle von Unterhaltungsstoffen geboten, wodurch aber keineswegs die Qualität der Darbietungen ungünstig beeinflusst wurde. Das liegt natürlich daran, daß eine recht gute Auswahl geeigneter und williger Kräfte vorhanden war, u. daß die künstlerische wie technische Oberleitung in den Händen des ebenso beschäftigten wie unermüdlichen Herrn Karl Kleinub lag. Freudig begrüßt wurden die gelangenen Vorträge von Frau Widmaier-Stüber, die einige prächtige, dem Charakter der Veranstaltung trefflich angepaßte Lieder von Beethoven und Schumann sang und mit Fräulein Leonhardt zusammen das wundervolle „Stil wie die Nacht“ von Göthe und das „Walddogelien“ von Schulz. Die beiden wohlgeschulten, klaren und ausdrucksvollen Stimmen wählten sich ausgezeichnet aneinander an. Die Vorträge wurden mit feinem Empfinden von Herrn Handeschulzelehrer Kaufmann am Flügel begleitet. Sehr schön arrangiert war das von Fräulein Dieckhoff und Herrn Lumpp gegebene Tanzduett, das ebenfalls durch die vornehme intime Wirkung der Szenarie, die durch geschmackvolle Beleuchtungseffekte noch erhöht wurde, als durch die reizenden, eleganten Tanzfiguren der Darsteller ausgezeichnet war. Großen Beifall fand der von 15 Mädchen von 10—14 Jahren ausgeführte, szenisch überaus wirkungsvoll gestellte Blumenreigen, der durch einen sinnigen und anmutigen Solotanz von Fräulein Hehl noch eine besondere künstlerische Note erhielt. Die reizvolle Märchenmusik dazu wurde von Fräulein Kohler (Flügel) und Herrn Beijer (Violine) trefflich gespielt. Viel Spaß machte auch das heitere Märchenfestspiel „Der Jungbrunnen“, das von den Damen Essig, Joos, Lamparter, Stüber und Widmaier mit großem Geschick und frischem Humor gegeben wurde. Die Hauptrolle wurde von Fräulein Leonhardt, sowohl darstellerisch als gesanglich ganz famos durchgeführt. Nicht vergessen seien die köstlichen Gedichte in schwäbischer Mundart, die Herr Lumpp mit der ihm eigenen lebendigen Vortragskunst zum Besten gab. So war die ganze Veranstaltung von frohem Geiste getragen, der sich auch auf die nachfolgende Tanzunterhaltung und am nächsten Tags den Ausflug nach Liebenzell übertrug. Die Mitglieder dürften daher wohl alle mit den herzlichsten Dankesworten des Vorstandes, Verwaltungskassier Staudenmeyer, an die Mitwirkenden für die wirklich geliebten Leistungen, welche der Abend bot, einig gewesen sein.

#### Erhöhung der Teuerungszuschläge für Beamte.

Nachdem für die Reichsbeamten durch das Reichsgesetz der bisherige Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag erhöht und zugleich unter Abstützung nach den Ortsstellen neu geregelt worden ist, läßt es sich nicht umgehen, auch für die würt. Beamtenenschaft eine Erhöhung der Teuerungszuschläge in derselben und nicht in anderer Weise durchzuführen. Hier nach wird der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab für die Orte der Ortsklasse A auf 70 Proz., der Ortsklasse B auf 67 Proz., der Ortsklasse C auf 65 Proz., der Ortsklasse D auf 60 Proz., der Ortsklasse E auf 55 Proz. festgesetzt. Die erhöhten Bezüge werden im Laufe des Monats Februar zur Auszahlung kommen können.

**Volks**  
\* Auf Einladung des hiesigen am Freitag Abend in vor einer Anzahl geladenen Gewerkschaftsführer u. a. Vereins zur Förderung der Volksbildung, einen Vortrag gehalten hat. Die Veranstaltung von Volksbildung, namentlich in den Schulen und über alle möglichen Stellen dressiert werden Aufgabe aufpassen wollen — auch sollen die den. Der Verein habe Menschen zu bilden, d. h. jense zu sich selbst kommen müht werde. Bisher sei die „Bildung“ eine gesellschaftliche der Frau unserer Zeit gliche Klassifizierung der Berufsständen sei eine „Bildung“ entstanden, und die diese Auffassung dürfe nicht von einbildung hänge nicht von einbildung ab, sie sei eine Sache könne daher bei Angehörigen werden. Bildung und es könne daher auch hohen Titeln recht ungeeignet ein persönliches Verhältniß erhalten, und nur so könne sich heranbilden, wenn man sich an den Reichstümern holen und zu kräftigen Zukunft für die Siderer. Die Volksbildungsarbeit aber auch in guter Unterbildung müsse von diesen als Grundlage aller vorkommen. Die Liebe zur geführte Heimat- und den. Sodann könnten auf unsere Heimat im engen Literatur, Kunst. Die Technik und Volkswirtschaftlichkeit werden, die Klassen der Volksbildungsvereinstonen, daß Stadt und Volkswirtschaft müsse entstehen sollen nicht nur als wertvoll werden, sondern der letzten Jahre sei gewaltig Arbeiter- und Soldatenm. Auch unserer wirtschaftlich wir diese Anschauungen unserem Ekende nicht he wenn man bei Berechnung leit die dazu gehörigen nicht als denkende Mensch in großen Zügen e. kündigt den britischen Hauptache sei, daß wir al

**Bekannt**  
Der für 9. Februar 1921  
**Pferde-, Vieh-**  
wird aus feuchtenpollzschichten  
**nicht ab**  
Calw, den 31. Januar  
Stadt

**Bekanntmachung**  
**Errichtung einer**  
**Wasserleitung**  
Die Teinach-Wasserwerk  
Errichtung einer Wasserleit  
Marlung Liebelsberg in  
Kation.  
Oberkanal: O  
Triebwehreleitung  
Pumpwerk: 1 Francis-Spir  
in de  
Maximale Wasser  
Minimale  
Nutzgefäll  
Einwendungen gegen  
Zagen vom Ausgabebtag d  
unterzeichneten Oberamt a  
wendungen können in der  
werden.  
Pläne und Beschreibun  
nahme auf.  
Calw, den 28. Januar

Die „Spöngenie“ in Boethes zur Reife der Titekrone die ideal darstellen, der Frau, die gewesen ist. Die Werk der seelischen Poesie der „Spöngenie“ wird gewissermaßen geistig der Charakterisierung Thoas als des Dichters Zeit vorstellt. Neben auf Schönheit der was wir von Goethe in, und die Erhabenheit. Es ist, als sei das hohen Leidenschaft für der ewigen Schönheit. — Die Aufführung der Charakterisierung ist geregelt. Die Darstellung bei Prof. Fein der Gestalt Spöngenie die Ausbrüche des elcheitlichen Charakters Herrn Reuschle trocken; der Zustand vor betont werden soll. Akt zu Akt wirkungsvoller war. Die Maske in Spiel, namentlich für sympathisch. Nach Bestes.

Aufführung von Fußbed nicht hatte überall große deutschen Bühnen gegeben von der Herden, der nachmittags 3 Uhr wird „Kotläppchen“ gegeben. Die Plätze beträgt 2. M. Spiel mit einer Aufzinsenerie hat die Vorstellung übertrifft. Bilder und hat in jeder in Besprechungen der

Am Samstag im voll- einen Familien-Abends gegeben war. Unterhaltungsstoff ge- der Darbietungen natürlich daran, daß williger Kräfte vor- in unermüdbaren Herr wurden die gelang- Stüber, die einige trefflich angepaßt- sang und mit Fel- „Stil wie die Nacht“ von Schuly. Die ruckvollen Stimmen Die Vorträge wurden tschullehrer Kauf- arrangiert war das gegebene Tanzduett, Wirkung der Szene- effekte noch erhöht. Tanzfiguren der Dar- and der von 15 Mäd- ch überaus wirkungs- en sinnigen und an- ne besondere künstle- müßt dazu wurde von er (Violone) trefflich tere Märchenfingpiel nen Essig, Zoos, er mit großem Ge- Die Hauptrolle wurde erisch als gelanglich sein die köstlichen er Lump mit der im Westen gab. So Geiste getragen, der haltung und andern ug. Die Mitglieder n Dankesworten des emeyer, an die n Leistungen, welche

ge für Beamte, das Reichsgesetz der halt und zum Oris- g nach den Ortsleh- ht umgehen, auch für der Feuerungsanschläge durchzuführen. Hier rundgehalt und zum ar 1921 ab für die Ortsklasse B auf 67 Ortsklasse D auf 60 jelegt. Die erhöhten reuar zur Auszahlung

**Volksbildungsarbeit.**

\* Auf Einladung des Herrn Stadtschultheßen Göhner hielt am Freitag abend im großen Sitzungssaal des Rathauses vor einer Anzahl geladener Gäste (Beamte, Geistliche, Lehrer, Gewerkschaftsführer u. a.) der Leiter der Außenabteilung des Vereins zur Förderung der Volksbildung, Herr Stöppeler-Stuttgart, einen Vortrag über die Aufgaben, die sich diese Organisation gestellt hat. Das Ziel des Vereins sei die Vermittlung von Volksbildung, nicht in dem Sinne, daß durch die Veranstaltungen und Einrichtungen etwa die Menschen geistlicher und über alle möglichen Dinge aufgeklärt, oder gar für bessere Stellen dressiert werden sollen, — wenn der Verein so seine Aufgabe auffassen wollte, würde er bald vor einem Nichts stehen — auch sollen die Wissenschaften nicht popularisiert werden. Der Verein habe sich lediglich die Aufgabe gestellt, die Menschen zu bilden, d. h. man wolle erreichen, daß der Einzelne zu sich selbst komme, daß er sich seines Menschentums bewußt werde. Bisher sei in Deutschland mit dem Begriff „Bildung“ eine gesellschaftliche Einschätzung verbunden gewesen, die der Frau unserer Zeit geworden sei. Durch diese gesellschaftliche Klassifizierung der „Gebildeten“ nach Prüfungen und Berufsständen sei eine ganz oberflächliche Auffassung über „Bildung“ entstanden, und die sei heute noch leider allzu sehr lebendig. Diese Auffassung dürfe nicht weiter gepflegt werden, denn Bildung hänge nicht von einem Stande, Berufe oder einer Prüfung ab, sie sei eine Sache der menschlichen Persönlichkeit und könne daher bei Angehörigen aller Bevölkerungskreise getroffen werden. Bildung und Ausbildung sei natürlich zweierlei, und es könne daher auch vorkommen, daß Menschen mit sehr hohen Titeln recht ungebildet seien. Gebildete Menschen suchen ein persönliches Verhältnis zu sich selbst und der Außenwelt zu erhalten, und nur so könnten wir eine wirkliche Volksgemeinschaft heranbilden, wenn die Volksgenossen sich zusammenfinden, um sich an den Reichtümern unserer, der deutschen Kultur, zu erholen und zu kräftigen im Kampf der Gegenwart und der Zukunft für die Sicherung der Existenz unseres Volkstums. Die Volksbildungsarbeit solle in Belehrung und Erhebung, aber auch in guter Unterhaltung bestehen, und jede Veranstaltung müsse von diesen Gesichtspunkten aus geleitet sein. Als Grundlage aller volksbildnerischen Arbeit müsse die Heimat dienen. Die Liebe zur Heimat könne durch eine lebendig vorgeführte Heimat- und Ortskunde gepflegt und gefördert werden. Sodann könnten alle Gebiete behandelt werden, die uns unsere Heimat im engeren und weiteren Sinne wertmachen, Literatur, Kunst. Die Erziehungsaufgaben unserer Wissenschaft, Technik und Volkswirtschaft usw. Vor allem müsse danach getrachtet werden, die Klassengegensätze zu mildern, die Arbeit des Volksbildungsvereins müsse besonders dahin gehen, zu betonen, daß Stadt und Land aufeinander angewiesen sind, die Volkswirtschaft müsse entmaterialisiert werden, d. h. die Menschen sollen nicht nur als Arbeitsmaschinen angesehen und gewertet werden, sondern als Menschen. Das Charakteristikum der letzten Jahre sei gewesen, daß man von Menschen-, Schüler-, Arbeiter- und Soldatenmaterial gesprochen habe. Das sei der Fühler unserer wirtschaftlichen Entwicklung gewesen. Solange wir diese Anschauungen nicht überwinden, würden wir aus unserem Elende nicht herauskommen, denn es sei ein Unsin, wenn man bei Berechnung unserer volkswirtschaftlichen Tätigkeit die dazu gehörigen Menschen immer nur als Zahlen, und nicht als denkende Menschen behandle. Der Redner zeichnete nun in großen Zügen ein Bild, wie er sich im allgemeinen das Arbeitsprogramm vorstellt, dessen Ausführung selbstverständlich den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein solle. Die Hauptfrage sei, daß wir alle Volksteile trotz aller Gegenfährlichkeiten

hinüberzuführen suchen auf ein Gebiet, auf dem alle sich zusammenfinden können zu lebendigem Empfinden des deutschen Volkstums, das allein angeht des körperlichen und seelischen Zusammenbruchs unser Volk wieder geistig und seelisch zu erheben vermöge. Unser Volk habe verlernt, sich richtig zu freuen. Wir haben das Recht zur Freude, aber die Freude müsse veredelt werden, nicht zerstört durch Rohheit, Trunksucht und Unzucht. Es müsse versucht werden, vom Dunkel wieder zum Licht zu streben. Erst der Wille, dann die Kraft und dann der Sieg!

Die im Sinne des Wiederaufbaus unserer Volkskultur beherzigenswerten Ausführungen des Redners fanden sympathische Aufnahme, und so erklärten sich auf die Aufforderung des Herrn Stadtschultheßen Göhner, der die Weiterverfolgung der Angelegenheit vorläufig in die Hand nimmt, die meisten Teilnehmer bereit, ihre Kraft in die Dienste eines Bezirksvereins in vorgeanntem Sinne zu stellen. Hoffen wir, daß das Unternehmen gute Aufnahme findet in Stadt und Land

**Rückgang des Konsums der Genussmittel.**

Aus der Antwort der deutschen Regierung auf die Brüsseler Frage bezüglich der Lebenshaltung des deutschen Volkes geht hervor, daß der Konsum von Genussmitteln seit 1913 stark im Rückgang begriffen ist. So beträgt der Alkoholkonsum (Bier, Schnaps und Wein) nur noch 20 Prozent des Vorkriegsverbrauches. Das ist erfreulich nicht nur im Hinblick auf die finanzielle Lage, sondern ganz besonders im Interesse der Volksgesundheit. Auch der Tabakverbrauch hat eine Einschränkung erfahren; die höhere Stückzahl der konsumierten Zigaretten (1913: 12 Milliarden, 1920: 15 Milliarden) ist nicht nur auf die Gewichtsverminderung zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß die Zigarettenraucher zur Zigarette übergehen. Beim Kaffee beträgt der Konsumrückgang über 70 Prozent. Dieser Rückgang im Konsum schließt natürlich nicht aus, daß die Ausgaben für diese Genussmittel infolge der schlechten Valuta überall bedeutend höher geworden sind als i. J. 1913, z. B. wurden 1913 für Zigaretten 300 Millionen Mark, heute über 4 Milliarden Mark ausgegeben.

**Der Präsident des Reichswirtschaftsrats über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.**

Ulbingen, 31. Jan. Wie das Städt. Korrespondenz-Büro meldet, hielt auf Veranlassung des Nationalen Studentenbundes am Samstag Abend der Präsident des Reichswirtschaftsrates Eder von Braun einen Vortrag über die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes. Als Motto stellte er den Satz voran: Nicht die momentanen Schwierigkeiten, sondern der Wille des deutschen Volkes sind maßgebend für unsere Zukunft. Nachdem er ein düsteres Bild unserer heutigen wirtschaftlichen Lage an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials entrollt hatte, behandelte er die Voraussetzungen für einen möglichen Wiederaufstieg unseres Volkes, der nicht wie vor 100 Jahren in einem mächtigen Sprung gelingen wird, sondern erst in feinem Anstieg. Solange aber das Diktat von Versailles besteht, ist an keinen Wiederaufbau zu denken, denn solange ist alles Sklavenarbeit. Wir müssen für die Revision des Friedensvertrags eine Propaganda der Wahrheit und des Rechts unter den Völkern, so emsig wie wir nur vermögen, betreiben. Im Innern ist der Schlüssel zum Wiederaufbau die Einigkeit des deutschen Volkes. Durch Ueberwindung der geistigen Arbeit wurde schließlich der Grund zu der Katastrophe des 9. November gelegt. Im modernen Staat müssen geistige und körperliche Arbeit gleichwertig sein. Die Hauptfrage ist gegenwärtig die Sozialisierung. Der Kampf um die Kostensozialisierung ist der Angelpunkt für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft. Heute be-

deutet eine Sozialisierung infolge der Bestimmungen des Friedensvertrags eine schwere Gefahr. Aber wenn der Arbeiter seit der Nachverziehung der Berufsstände nach der Revolution nicht mehr bloß Objekt des Betriebes sein will, so ist diese Forderung berechtigt. Unser Ziel muß sein eine Veröhnung zwischen Arbeiterchaft und Bürgerchaft. Ausfichten auf eine solche Veröhnung bestehen. Haben wir diese Vorbedingungen für den Wiederaufbau erreicht, so bedürfen wir dazu weiterhin der Mitarbeit der anderen Völker, die mit der Zeit einsehen, daß wir für die Welt Herrschaft unentbehrlich sind. In der heutigen Zeit aber, wo schon Zeichen der Wiedergenesung vorhanden sind, müssen wir mit dem Verstand Bestimmten, mit Optimisten sein.

Mzenberg, 29. Jan. Man schreibt uns: In Bern. Aktuar Staudenmeyer wurden auch hier die Vorschläge der verschiedenen Teilgemeinden und der Gesamtgemeinde für das Rechnungsjahr 1920 gefertigt. Die Teilgemeinde Spehhardt braucht keine Umlage zu erheben, sondern kann noch mehr als 50 000 M. erübrigen. Dagegen ist die Teilgemeinde Mzenberg trotz äußerster Sparfamkeit genötigt, 40 Prozent der erhöhten Katasterumlagen, ebenso die Teilgemeinde Oberriet, welche einen außerordentlich großen Aufwand auf die von der kleinen Teilgemeinde zu unterhaltende Nachbarortsstraße Calw-Bildbad hat. Die Gesamtgemeinde Mzenberg erhebt 16 Prozent Umlage. Es werden somit die Bürger von Mzenberg und Oberriet wohl die hartangelegeten des Bezirks sein, und es wird sich nun zeigen, wie weit sie imstande sind, ihren der Gemeinde und dem Staat schuldigen Verpflichtungen nachzukommen. Vielleicht wird der vom Ortsvorsteher angeregte und angestrebte Gedanke einer finanziellen Vereinigung sämtlicher drei Teilgemeinden erwogen, wodurch sich entschieden eine ganz wesentliche Vereinfachung und Verbilligung der Gemeindeverwaltung ergeben würde.

(S. B.) Stuttgart, 30. Jan. Die Verwaltung der Daimler-Motoren-Gesellschaft hat beschlossen, zur Abdeckung der Bankschulden und Beschaffung weiterer Betriebsmittel einer auf 26. Februar ds. Js. einberufenen außerordentlichen Generalversammlung den Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals von bisher 100 Millionen Mark auf einen Betrag bis zu 200 Millionen vorzulegen.

(S. B.) Heilbronn, 30. Jan. Der Pole Franz Montosla wurde heute vom Schwurgericht wegen Raubmords, begangen an der ledigen Johanna Ermold von Bürg O. A. Neckarfulm am 25. November v. J., zum Tode verurteilt unter Verleugnung der bürgerlichen Ehrenrechte und Tragung der Gerichtskosten.

(S. B.) Ulm, 30. Jan. Auch von uns wurde die Nachricht verbreitet, daß ein Herr, der von Stuttgart nach Darmstadt fuhr, einem Kinde, das sich in Begleitung von zwei Damen befand, ein Päckchen aus Versehen gab, das anstatt Brot 10 000 M. enthielt. Auf die Anzeigen in den Blättern hin, hat sich nun ein Herr von Neu-Ulm gemeldet, der die Adresse der beiden Damen weiß und mit diesen selbst über den Fall gesprochen hat. So darf der Eigentümer der 10 000 M. wohl hoffen, daß er zu seinen 10 000 M. wieder kommen wird.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchlener'schen Buchdruckerei, Calw.

**Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr**

**Bekanntmachung.**  
Der für 9. Februar 1921 vorgesehene **Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt** wird aus seuchenpolizeilichen Gründen **nicht abgehalten.**  
Calw, den 31. Januar 1921.  
Stadtschultheßenamt: Göhner.

**Bekanntmachung betreffend Errihtung einer Wassertwerks-Anlage.**  
Die Teinach-Wasserverorgungsgruppe beabsichtigt die Errihtung einer Wassertwerksanlage an der Teinach auf Markung Liebelsberg in Verbindung mit einer Pumpstation.  
Oberkanal: Länge 810 m, Breite 0,95 m, Höhe 0,20 m  
Triebwehrlleitung: Länge 60 m, Breite 300 mm  
Pumpwerk: 1 Francis-Spiralturbine mit 500 Umdrehungen in der Minute  
Maximale Wassermenge 150 Lit. Sek.  
Minimale " 75 " 11,40 m.  
Einwendungen gegen das Vorhaben sind binnen 14 Tagen vom Ausgabedag dieser Zeitungsummer bei dem unterzeichneten Oberamt anzubringen. Verspätete Einwendungen können in dem Verfahren nicht berücksichtigt werden.  
Pläne und Beschreibungen liegen hier zur Einsichtnahme auf.  
Calw, den 28. Januar 1921.  
Oberamt: Amtmann B. Gaele.

**Liebenzell.**  
**Verlaufen**  
hat sich mein schwarzgrauer **Wolfshund** (Rüde), buschigen Schwanz u. Zughalsband. Bitte denselben gegen gute Belohnung abzugeben bei **F. Kirchner.**  
Vor Ankauf wird gewarnt.

**Gebrauchter Umschlagtisch** ist zu verkaufen.  
**Weinsteggasse 2 Trepp. r.**

**Oberreichenbach.**  
Ein jähriges **Rind** verkauft.  
**Frig Kusterer.**

**Gültlingen.**  
Unterzeichnete fest einen 18 Monate alten, leicht gewöhnten **Stier**, dem Verkauf aus.  
**Gottlob Erbele.**

**Liebelsberg.**  
**Wegsperrre.**  
Infolge Grabarbeiten in der Straße zwischen Liebelsberg und Neulach ist die Strecke **von der Brücke bis zum fogen. Wolfsgäßle**, Markung Liebelsberg, diese Woche für den schweren Fuhrwerksverkehr gesperrt.  
**Schultheßenamt.**

Eine trüchtige **Ziege** verkauft  
**J. Hennefarth, Calw, Sälestraße.**

Prima hornlose **Ziege** Milch.  
Umstände halber billig zu verkaufen.  
Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.  
**Calw.**

Ein **Zucht-Rind** (Stier) und einen schweren **Zug-Ochsen** hat zu verkaufen.  
**Karl Weiß, Lederstraße.**

**Fahrrad** fast neu, Friedensware, tadellose Bereifung preiswert zu verkaufen. Näheres **Babstraße 250 II.**

**Neuhausen b. Pforzheim.**  
Einen schönen, schweren **Zucht-farren** (zweijährig) hat zu verkaufen  
**Karl Schröck.**

**Naislach.**  
Verkaufe ein 1 1/2 Jahre altes **Zucht-Rind** oder eine 33 Wochen trüchtige **Ruh.**  
**Christian Eug.**

**Preisabschlag!**  
la La Plata-Mais . . . Mk. 200.—  
einschl. Sack  
la La Plata-Mais (Hartgries), billigt garantiert einöst und entbitert (wie Weizengries).  
**Jos. Hußl, Birkenfeld** Telefon Nr. 2.

**Malerarbeit zu vergeben**  
Die Villa Pahl in Liebenzell soll **neu angestrichen** werden. Angebote an Herrn Pahl sofort erbeten.  
Schöne, schwarze **Zuchjacke** preiswert zu verkaufen.  
**Haggasse 192 I. Stck. lks.**

Ein guterhaltener, doppel-türiger großer **Kasten** zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.  
**Zum Weißnähen** nimmt noch Arbeit an  
**Anna Dertel, Liebenzell.**

Habe einen bereits noch neuen **Rohherd**, ein Paar neue **Lederstiefel** für Konfirmanden, einen wollenen **Sweater** und ein Paar **Rohrstiefel** zu verkaufen.  
**Rudolf Beck, Haggasse 192 b**

**Beliebt**  
ist das „Calwer Tagblatt“ durch seinen vorzüglichen Nachrichtendienst u. seine volkstümlich geschriebenen Leitartikel!

Calw, den 1. Febr. 1921.  
Statt besonderer Anzeige.

Fremden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere treubeforgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Taute



**Marie Baur**  
geb. König

nach kurzer, schwerer Krankheit, im Alter von 45 Jahren, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Willy Baur, Jungführer.**

Beerdigung: Mittwoch Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhaus aus, Telnachstr. Nr. 6.

Igersloh, den 31. Januar 1921.  
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

**Michael Burkhardt**

erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Häßner, für den ehrenden Nachruf des Herrn Holzäpfel, des Gemeindepflegers Koppier, dem Herrn Hauptlehrer Sogeler mit seinem Chor für den erhebenden Gesang, den Herren Ehrenträgern, dem Veteranenverein Altburg, für die Kranzspenden, sowie allen, die ihm während seiner Krankheit Liebe erwiesen haben sei herzlich Dank gesagt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Habe mich als  
**Pacharzt f. Haut- u. Hautkrankheiten**

in  
Pforzheim, Bahnhofstr. 26 (Hotel Oehlert),  
niedergelassen — Sprechstunden: 10—1 u. 3—5 Uhr.

**Dr. med. Georg Hänslar**  
früher Straßburg i. Els.  
Telefon 2170.

**Fahrnis-Versteigerung.**

Unterzeichnete verkauft am (Eichmehlfesttag) Mittwoch, den 2. Februar, vormittags 9 Uhr im Hause des Geschirrhändlers Knoll in der Vorstadt, gegen Barzahlung:

verschied. Küchengeräte, Toppfen und Westen, Knaben- und Frauenhüte, Schreinwerk: 2 Kästen, 1 Küchenbüfett, 1 Kommode, 1 Tisch, Bettstücke, Spiegel und Bilder, Lampen, 1 Gasherd, 1 vollständiges Bett sowie sonstiges. Ferner: 1 blauer Tuchanzug, 1 schwarzer Frack mit Weste, beides wenig getragen. Liebhaber sind eingeladen.  
Stadtinventarier Kolb.

Delmehl,  
(Wein- und Kokos),  
Mais,  
Maismehl,  
Maisjuttermehl,  
Geflügel- und  
Schweinefutter  
empfiehlt  
Otto Jung.

**Hüte, Mützen**  
Konfirmanden-Hüte  
gute Qualitäten, kleidsame Formen  
billigste Preise.  
Neuanfertigung - Reparaturen  
**K. Schrempf, Pforzheim,**  
Westl. 22 Fernruf 877 Westl. 22

**Preisabbau!**  
**FLAMMER-SEIFE**  
ist billiger geworden  
und ist heute dank ihrer verblüffenden  
Wusch-Kraft und ihres billigen Preises die  
**beste u. billigste Seife**  
für Wäsche und Haus!  
Preis Mk. 4,- das Stück

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose heilbar? Verlangen Sie  
San.-Rat Dr. Weise's ausführliche Druckschrift hierüber.  
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Strasse 104 c.

**Wandkalender**  
mit Verzeichnis der Märkte des  
Bezirks und der Nachbarbezirke  
sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück  
zu 60 Pfg. erhältlich.

Von Donnerstag früh ab steht  
ein großer frischer Transport  
erstklassiger junger  
**Arbeits-Pferde**



im Gasthaus zur „Eisenbahn“  
in Weilderstadt  
zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet  
**Löwengart & Gideon.**

Ausgefügtes, trockenes  
**Brennholz**  
in Fuhren zu Mark 80.—  
kann sofort geliefert werden  
L. Kärcher, Sägewerk,  
Hirau.

Wer sucht wird in bürgerlichen Haushalten ein braves,  
fleißiges  
**Mädchen**  
für Küche und Hausarbeit  
bei guter Verpflegung auf  
1. Februar oder 1. März.  
Frau Emil Kusterer,  
Pforzheim Eberleinstr. 12

Ehe Sie  
einen  
**Rauch-**  
**kasten**  
kaufen  
verlangen Sie Prospekt von  
**Gebr. Dongus,**  
Deckenpfronn.

**Wasserglas**  
empfiehlt billigst  
**K. Hauber.**

Suche ordentliche  
**Frau oder**  
**Mädchen**  
zur Führung eines Haushaltes  
und zur Mithilfe in der Land-  
wirtschaft.  
Matthäus Müller,  
früherer Schützhelfer,  
Alzenberg.

**Laufmädchen**  
für tägliche Hausarbeit  
gesucht.  
Bischofstraße 453 II l.

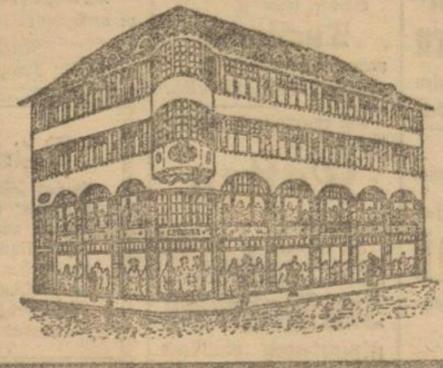
**Schwäbische Volksbühne**  
Gasthof zum „Badischen Hof“.  
Heute abend 7/8 Uhr  
**„Jugendfreunde“**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.  
Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr  
**„Kothäppchen“.**  
Mittwoch, den 2. Februar, abends 7/8 Uhr  
**„Don Carlos“.**

**Zeichnungen**  
auf die mündelsicheren  
**4 1/2 % Obligationen der**  
**Bayer. Grosswasserkraftwerke**  
zu 98 %  
nimmt bis 4. Februar entgegen  
**Spar- und Vorschussbank Calw**  
Wir bieten ferner zum Verkauf an:  
**Hypothekbankpfandbriefe,**  
**4 1/2 % Industrie-Obligationen**  
und halten uns für den An- und Verkauf sämtlicher Wertpapiere zu kulantem Bedingungen, bei fachmänn. Beratung, bestens empfohlen.

**la. Kernleder- | Treib-**  
**stankleder- (Mittlerleder), Hanf-,**  
**Balata- und Kamelhaar-**  
**riemen**  
sowie als Spezialität: **Dreschmaschinen-**  
**und Maschinen-Riemen**  
(gewöhnl. Handelsmarke) neu, oder aus Altem Leder hergestellt, auch gebraucht, nur tadelloste Stücke liefert noch von großen Lagerbeständen zu Fabrik-Engros-Preisen  
**Mag Frig, Stuttgart,**  
Lager und Büro nur Alzenbergstraße 22.  
Treibriemenhandlung und Fabrikation.  
Telefon 9170. — Telegramm-Adresse: Lederriemen.  
Preisliste auf Wunsch.  
Lagerbesuch zu empfehlen.

**Kunstfärberei Stuttgart**  
färbt und reinigt alles schön und gut.  
Annahmestelle: **W. Eutenmann,** Leder-  
str. 91.

**Versteigerung.**  
Verkauft wird am Mittwoch, den 2. Februar:  
1 eich. Waschkommode, mit Klappdeckel,  
2 eichene Bettladen Kost und Matratze,  
Kleider und Stiefel, Bilder u. Fenster-  
glas, Stühle, Kleiderkasten, Tischle,  
Nähmaschine mit Fußbetrieb, Ameriko-  
nerkühe, Blumentisch, Galerien und  
Vorhangstangen, Schmetterlingskästen  
und sonstiger Hausrat.  
**Fran R. Dipp Witwe,**  
Obere Marktstraße 23 III.



**Damen- und Mädchen-**  
**Bekleidung.**  
Mantel, Kostüme, Taillenkleider,  
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.  
**C. Berner, Pforzheim,** Ecke Metzger-  
u. Blumenstr.



Nr. 26.  
Zeichnungsweise: 6 mal  
Klein 2. — Nr. — auf Sam

**Das deut-**  
**des V**  
**Der deutliche Reich-**  
**der Par**

Eine deutliche Erklärung  
Berlin, 1. Febr. (Rei-  
fällt. Auch vor dem Reich-  
Renschenmenge.  
Auf der Tagesordnung  
mungserklärung.  
Am Ministerisch: sämtliche  
von Regierungsbekleidern, son-  
Diplomatenloge ist ebenfalls  
ter, die Vertreter der Etsch-  
fend, desgleichen der erste Bo-  
Präsident Löbhe eröffnet  
erstell das Wort dem Reichs-  
Sekten hat eine politische  
Räfen angerichtet, wie die  
Sehbourg'sche Plan erörtert, u-  
schildert den Verlauf der Be-  
der Note. Anknüpfend an  
Von der Beratung in Bou-  
worden. Diese Beratung ist  
Seri. kam nicht zustande un-  
mer nicht, sodas er (Rebner)  
Es seien die Prüffler Verhan-  
aber auch ohne endgültiges  
wurde das Bild anders. I-  
jurid. Die Vorwürfe, das  
positiven Vorschlägen hervorge-  
solche gemacht, sie sind aber  
haben wir Vorschläge gemacht  
sein könnten, aber doch u. a.  
Sie sind unter den Tisch ge-  
machen, solange Oberschlesien  
halte er für unmöglich. Dazu  
liegen Verhältnisse und die  
über dem Sehbourg'schen Plan  
nur erklärt, das wir keine Ein-  
heit gegeben werde, in Brüt-  
Vorkauf der Note deckt sich  
In der Entwafrungsnote n-  
und Luftschiffeskaufsein angege-  
lungen. Gefragt werden wir  
wir uns dazu äußern werden  
Durchführung der Beratungen  
Ländern gegeben, ich habe aber  
jenige vermisst, was wir in  
haben, vielmehr klingt jetzt  
Reichsminister Simons  
Inhalt der Reparationsnote  
ung dessen, was wir schon  
ob wir bei Ausgabe der Bon-  
Schahscheine zurückhalten.  
Nachteilen und Widerprüche  
anferlegt werden. Desgleichen  
30 Jahre zur Tilgung vorgese-  
Es mühte doch festgestellt wer-  
eigentlich ist. Was Frankreich  
schleudert worden, ohne das  
wäre. Die Schähungen des  
Herrn Poincare zu niedrig e-  
Aber deutsche Sachverständige  
fallen. Die Summe, die jetzt  
weniger willkürlich zu sein.  
das ein Eingriff in unsere Fr-  
Sollkontrolle war nie zuvor  
darüber, das der Weg, der vor-  
undenbar ist und auf eine n-  
Darum ändern die uns in Au-  
6 Prozent nichts. Die Ente-  
Auslande eine Anleihe aufnel-  
mal die Bestimmungen der